

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 22.05.2013, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen der weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2013/2014
Vorlage: 026/2013
2. Bericht über die Klassenbildungen an den Grundschulen zum Schuljahr 2013/2014
Vorlage: 753/2013
3. Bericht über den Sachstand zur Übernahme der Schulträgerschaft für die Förderschulen durch den Kreis Heinsberg
Vorlage: 754/2013
4. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Einladung des Schulleiters der Realschule Geilenkirchen zur Sitzung
Vorlage: 757/2013
5. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.05.2013 auf Beantwortung eines Fragenkatalogs zu den Schüleranmeldezahlen
Vorlage: 027/2013
6. Bericht über die Durchführung des Sportunterrichts nach dem Brand im Schul- und Sportzentrum
Vorlage: 755/2013
7. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Dr. Joachim Möhring

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kurt Sybertz

Mitglieder

3. Hans-Jürgen Benden
4. Tanja Bodewig

5. Theresia Hensen
6. Stefan Kassel
7. Bernhard Kozikowski
8. Manfred Schumacher
9. Barbara Slupik
10. Ruth Thelen
11. Marlis Tings

Stellvertretendes Mitglied

12. Michael Kappes Vertretung für Herrn Dr. Armin Leon
13. Christian Kravanja als Vertreter für Herrn Gerads

Sachkundige/r Bürger/in

14. Christoph Grundmann
15. Dieter Körner
16. Dr. Wilfried Plum
17. Siegfried Winands
18. Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

19. Beigeordneter Herbert Brunen
20. Bürgermeister Thomas Fiedler
21. Gort Houben

Protokollführer

22. Irmtrud Penners

**TOP 1 Bekanntgabe der Schüleranmeldezahlen der weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2013/2014
Vorlage: 026/2013**

Herr Brunen trug die Schüleranmeldezahlen an den örtlichen Schulen vor. Dabei verwies er auf die eingangs der Sitzung ausgelegten Tischvorlagen. Hieraus sei ersichtlich, dass alle Grundschüler/Innen Aufnahme in einer weiterführenden Schule gefunden hätten.

Herr Kravanja verwies darauf, dass ein Schüler mit Gymnasialempfehlung zur Aufnahme in die Anita-Lichtenstein-Gesamtschule abgelehnt wurde.

Herr Kappes befand die Ablehnung von 28 Grundschülern mit Hauptschulempfehlung durch die Antia-Lichtenstein-Gesamtschule als gravierend. Herr Brunen antwortete, dies sei Ausfluss des Anmeldeverfahrens. Die Empfehlungen der Grundschulen beinhalteten auch immer die Empfehlung zum Besuch einer Gesamtschule.

Herr Kravanja vermerkte, so werde das bestehende Schulsystem am Leben gehalten. Herr Brunen antwortete, eine funktionierende Oberstufe setze einen funktionierenden Unterbau voraus.

Frau Tings vertrat die Auffassung, es entspreche dem Elternwillen, dass alle Schulformen funktionell blieben und nicht nur eine. Die Gesamtschule sei jedoch für alle Schüler zuständig.

Auf die entsprechende Anfrage des Herrn Kassel antwortete Herr Brunen, Anmeldung und Aufnahme der Schüler liege alleine in der Kompetenz der jeweiligen Schulleitung.

Herr Dr. Plum erinnerte an die Diskussion im letzten Jahr, deren Ergebnis war, die Gesamtschule nicht zu erweitern. Hätte man sich dafür entschieden, würden heute dort mehr Schüler Aufnahme finden können.

Herr Kappes befand, die Eltern wollten eine Vielfalt an Schulen. Deswegen wäre es optimal, auch eine Hauptschule vor Ort zu haben. Dem stehe aber die Entscheidung des Regierungspräsidenten entgegen, wonach Hauptschulen nicht einzügig sein dürften.

Herr Sybertz erkundigte sich nach dem Aufnahmeschlüssel an der Gesamtschule. Herr Brunen antwortete, dieser sei jedes Jahr gleich. Der Schulleiter bilde sozusagen 2 Töpfe. In einen kämen die Anmeldungen der Schüler mit der Durchschnittsnote schlechter als 3 und in einen die mit der Durchschnittsnote besser als 3. Letzterer Topf beinhalte auch die Schüler mit einer Gymnasialempfehlung.

Herr Benden bemängelte, bei der Entscheidungsfindung vor einem Jahr seien einige Fakten verdreht wiedergegeben worden. Seiner Meinung nach wäre die Bildung einer Sekundarschule sehr wohl möglich gewesen. Das belegten auch die aktuellen Zahlen. Anhand des Schulentwicklungsplanes sei bereits jetzt absehbar, dass immer weniger Schüler in den Geilenkirchener Schulen Aufnahme fänden. Rat und Verwaltung gäben sich große Mühe, junge Familien nach Geilenkirchen zu holen. Diese Bemühungen würden leider durch die derzeitige Schullandschaft vor Ort erschwert. Herr Brunen erinnerte daran, dass die Bildung einer Sekundarschule nur 3-zügig erfolgen könne. Somit hätte es zumindest 75 Anmeldungen für die Einführung dieser Schulform bedurft.

Herr Sybertz sprach sich dafür aus, Schülern mit Hauptschulempfehlung weiter an der Realschule zu beschulen und ihnen soviel Förderung zukommen zu lassen, dass sie nicht zu einer Hauptschule wechseln müssten.

Herr Kappes erinnerte ebenfalls daran, dass die Elternbefragung ergeben habe, dass eine Sekundarschule in Geilenkirchen nicht erwünscht und somit nicht möglich sei.

TOP 2 Bericht über die Klassenbildungen an den Grundschulen zum Schuljahr 2013/2014
Vorlage: 753/2013

Bezug nehmend auf die mit der Sitzungseinladung zugestellte Informationsvorlage legte Herr Brunen dar, dass für das nächste Schuljahr 2013/2014 250 Anmeldungen an den örtlichen Grundschulen vorlägen. Aufgrund dessen würden an den städtischen Grundschulen insgesamt 10 Eingangsklassen gebildet. Die voraussichtlichen Klassenstärken von 29 Schülern pro Klasse lägen noch innerhalb des Rahmenrichtwertes von 30.

TOP 3 Bericht über den Sachstand zur Übernahme der Schulträgerschaft für die Förderschulen durch den Kreis Heinsberg
Vorlage: 754/2013

Herr Brunen trug den Sachverhalt vor. Hinsichtlich der Einzelheiten sei auf die entsprechende Informationsvorlage, die mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde, verwiesen.

Frau Tings sprach sich dafür aus, bei den Verhandlungen mit dem Kreis darauf zu achten, dass die Geilenkirchener Förderschüler ortsnah beschult werden könnten.

Bürgermeister Fiedler wies darauf hin, dass die Mehrzahl der Förderschüler künftig in Regelschulen beschult werden würden.

Frau Tings hielt es trotzdem für notwendig, dass Eltern die Möglichkeit erhalten bliebe, eine Förderschule zu wählen, um ihrem Kind zu ersparen, durch den ganzen Kreis gefahren zu werden, um seine Schule erreichen zu können.

Herr Benden stimmte dem Bürgermeister darin zu, dass sich künftig die gesamte Schullandschaft ändern werde. Angesichts dessen befinde sich die Verwaltung auf einem hervorragenden Weg.

Frau Thelen erinnerte an den Beschluss des Ausschusses in der letzten Sitzung, wonach alle drei von der Projektgruppe des Kreises formulierten Eckpunkte bzgl. der Inklusion an den Schulen im Kreis Heinsberg abgelehnt wurden. Auf ihre entsprechende Frage hin bestätigte Herr Brunen, dass der Beschluss schriftlich an den Kreis weitergeleitet wurde.

**TOP 4 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf Einladung des Schulleiters der Realschule Geilenkirchen zur Sitzung
Vorlage: 757/2013**

Herr Pauli bedankte sich für die Einladung des Ausschusses und berichtete über die Integration der Schüler mit Hauptschulempfehlung sowie der Kinder mit dem Förderbedarf Emotional/Sozial und eines körperbehinderten Kindes an der städtischen Realschule. Gerade bezüglich der Kinder mit Förderbedarf arbeite die Realschule hervorragend mit der Janusz-Korczak-Schule zusammen. Hier finde ein regelmäßiger und guter Austausch statt. Eine Integrations-Fachkraft der Janusz-Korczak-Schule sei zwei volle Tage pro Woche in der Realschule tätig. Ihr wurde ein Gruppenraum zur Verfügung gestellt, in dem sie beispielsweise den Schülern in den Pausen die Anleitung zu Entspannungsübungen anbiete. Gerade Kinder mit Hauptschulempfehlung bräuchten viel Aufmerksamkeit, um sie zu einem sozialverträglichen Verhalten anzuleiten. Auch deswegen habe man eine Kooperationspartnerschaft mit dem „Zille“ gebildet und ein Anti-Mobbing-Projekt ins Leben gerufen. Das alles führe dazu, dass die Gruppen entspannter an der Schule miteinander umgingen. Auch die Schüler mit Hauptschulempfehlung stellten sich langsam auf eine Leistungssteigerung ein und die Kinder fingen jetzt an zu arbeiten. Deswegen überlege man, die Eltern anzusprechen, die Erprobungsstufe auf drei Jahre heraufzusetzen. Auch wäre es für die Entwicklung der Kinder von Vorteil, wenn ihnen ein Sonderpädagoge an die Seite gestellt würde bzw. ein kinderpsychologischer Dienst. Da es seitens der Elternhäuser leider oftmals Versäumnisse in dieser Hinsicht gebe, habe die Schule auch ein Interesse das Verhalten der Schüler in eine sozialverträgliche Richtung zu lenken. Dazu gehörten die Einrichtung gemeinsamer Essens-, Lern- und Spielzeiten oder auch Anleitungen, wie zum Beispiel „wie lerne ich lernen“, Politikunterricht, oder andere Maßnahmen, die ein verträgliches Miteinander förderten. Jetzt endlich würden die Schüler auch Verhaltensänderungen zeigen, sich sozialverträglicher verhalten und auch eine Leistungssteigerung zeigen. Leider werde eine Schülerin die Realschule verlassen, weil sie doch lieber eine Hauptschule besuchen wolle.

Die entsprechenden Fragen Herrn Bendens beantwortete Herr Pauli wie folgt:

Die von ihm vorhin erwähnte Schülerin werde wahrscheinlich die Hauptschule in Übach-Palenberg oder Erkelenz besuchen können. Auch an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule habe es in der Vergangenheit ähnliche Fälle gegeben.

Die Kinder mit emotionalem/sozialem Förderbedarf seien nicht aggressiv, sondern destruktiv im Handeln. Sie seien leistungsbereit, bräuchten jedoch mehr Unterstützung um ihr schulisches Ziel zu erreichen.

Es seien tatsächlich ursprünglich 57 Schüler mit Hauptschul-Empfehlung an der Realschule aufgenommen worden. Zwei Kinder seien durch Zuzug dazu gekommen.

Frau Thelen zeigte sich beunruhigt über die Aussage Herrn Paulis, dass erst zwei Monate vor Ende des Schuljahres die Kinder begonnen hätten zu lernen. Die Erprobungsstufe betrage zwei Jahre und nicht drei. Ehe die Kinder nach Ende der Erprobungsstufe scheitern und damit wertvolle Zeit verlieren würden, wäre es besser, sie verließen die Realschule nach einem Jahr.

Bürgermeister Fiedler zeigte sich ebenfalls über diese Aussage erschrocken und erkundigte sich, wie viele Kinder davon betroffen seien.

Herr Pauli antwortete, das sei nicht in exakte Zahlen zu fassen. Die meisten Kinder würden von Anfang an lernen, einige von ihnen bedürften hierzu jedoch einer Anregung. Ein Teil der Schüler sei zum Beispiel besonders stark in den naturwissenschaftlichen Fächern, es mangle dann aber in anderen. Er gehe derzeit davon aus, dass etwa 8 Kinder in der Erprobungsstufe verbleiben würden.

Herr Benden erinnerte Herrn Pauli an seine Aussage von vor einem Jahr, dass alle Kinder mitgenommen würden. Offenbar könne er diese nicht einhalten.

Frau Thelen fragte, was mit den Kindern wäre, für die eine Weiterbeschulung an der Realschule nach drei Jahren nicht möglich wäre. Gerade hieran sehe man, wie wichtig ein Kooperationsvertrag mit einer Nachbarkommune wäre, um auch die Hauptschüler ortsnah und angemessen beschulen zu können.

Bürgermeister Fiedler zeigte sich erleichtert über den Bericht des Herrn Pauli und wertete ihn als pädagogisch optimistische Prognose für die Zukunft.

Herr Winands bezeichnete die Beantwortung der in der Sitzung gestellten Fragen durch Herrn Pauli als aufschlussreich und positiv. Es sei gut, wenn die Schüler/Innen mit Hauptschulabschluss so gefördert würden, wie Herr Pauli es beschrieben habe und sie so in die Lage versetzt würden, den Anforderungen einer Realschule gerecht zu werden.

Herr Körner sprach die Möglichkeit an, Schülern mit Hauptschulempfehlung, die den Anforderungen der Realschule nicht gerecht werden könnten, ans Förderzentrum Hückelhoven zu verweisen. Herr Pauli antwortete darauf, ein Scheitern der Kinder sei nicht angedacht. Vielmehr sollten sie zum Realschulabschluss geführt werden. Auf die entsprechende Nachfrage Herrn Körners antwortete er, die Realschule versuche kleinere Klassenstärken zu erreichen.

Herr Benden sprach nochmals die Situation an, dass eine Schülerin statt in die Klasse 6 der Realschule nun zur Hauptschule wechseln müsse. Das entspreche nicht dem Versprechen Herrn Paulis, das er vor einem Jahr gegeben hatte, „alle Kinder würden mitgenommen“. Es gebe aber keine Möglichkeit, Kinder aus Geilenkirchen ortsnah in einer Hauptschule zu beschulen. Heute zeige sich, dass vor einem Jahr der falsche Beschluss in Ausschuss und Rat gefasst wurde.

Herr Kappes bezeichnete die Entscheidung, die Realschule zu belassen, als richtig. Durch eine hervorragende Förderung und der Erprobungsphase erhielten auch Schüler mit Hauptschulempfehlung die Möglichkeit einen Realschulabschluss zu erlangen. Das wäre doch eine großartige Möglichkeit für diese Schüler.

Herr Schumacher erinnerte daran, dass Geilenkirchen über ein hervorragendes Gymnasium, eine ebenso gute Realschule und eine Gesamtschule verfüge. Alle drei Schulen seien anerkannt. Man solle doch diese gewachsene Geilenkirchener Schullandschaft nicht zerreden. Die Schüler/Innen mit Hauptschulempfehlung, die keine Aufnahme in der Gesamtschule fänden, könnten in der Realschule eine schulische

Heimat finden. Es sei auch nicht so, dass die Schülerin, die nun die Realschule verlassen müsse, fallen gelassen würde. Wenn jemand – wie diese Schülerin – sich der Leistung, die nun einmal zum Lernen erforderlich sei, verweigere, müsse er die Konsequenz ziehen und die Schule verlassen.

Herr Plum verwies ebenfalls auf die vielfältige Schullandschaft in Geilenkirchen. Einzig bleibe die Problematik, die Schüler mit Hauptschulempfehlung angemessen zu beschulen. Diese Kinder könnten auch Aufnahme in der Realschule finden. Es gäbe Kinder, die lernten gerne, bräuchten jedoch eine längere Erprobungsphase. Damit müsse man künftig leben. Das Ausschussmitglied erkundigte sich, wie der Schulalltag an der Realschule verlaufe. Herr Pauli verwies zur Beantwortung der Frage auf seine eingangs getätigten Ausführungen. Durch die Förderung der Schüler mit Hauptschulempfehlung ergebe sich ein enormer zusätzlicher Beratungsbedarf, den die Lehrer leisten müssten. Dieser läge bei ca. ½ bis 1 Stunde pro Tag. Beraten würden nicht nur Schüler, sondern auch Eltern, Hilfseinrichtungen, und Schulsozialarbeiterinnen.

Herr Kassel sah es nicht problematisch, dass lediglich eine Schülerin aufgrund eines Verhaltens, das sie sich selbst zuzuschreiben habe, die Realschule verlassen müsse. Das sei auch so bei Gymnasiasten, die zur Realschule wechseln müssten. Müssten aber beispielsweise fünf Schüler die Realschule verlassen, wäre das bedenklich und zwingt zum Handeln.

Frau Thelen befand den Umgang mit dieser Schülerin als verantwortungslos. Man gehe bei der Beurteilung der Schüler immer von der Mittelschicht aus. Versage ein Schüler weil er hier nicht mithalten könne, sei er immer selbst schuld.

Herr Sybertz meinte, man solle Kindern, die ihre Verhaltensauffälligkeiten abgelegt und doch noch Schwierigkeiten mit dem Lernen hätten, mehr Raum und Zeit dafür geben. Es sei wichtig, dass auch sie einen Schulabschluss erhielten, der ihnen die Erlernung eines Berufes ermögliche.

**TOP 5 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.05.2013 auf Beantwortung eines Fragenkatalogs zu den Schüleranmeldezahlen
Vorlage: 027/2013**

Herr Brunen erläuterte, dass die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum größten Teil bereits in den vorangegangenen Tagesordnungspunkten beantwortet worden seien. Die Frage nach der Anzahl der Übergänge von einer Förderschule in eine Regelschule zum kommenden Schuljahr wurde wie folgt beantwortet:

Anita-Lichtenstein-Gesamtschule:	5
Städtische Realschule:	2
GGG Geilenkirchen:	evtl. 1

**TOP 6 Bericht über die Durchführung des Sportunterrichts nach dem Brand im Schul- und Sportzentrum
Vorlage: 755/2013**

Herr Houben berichtete über die Durchführung des Sportunterrichts nach dem Brand im Schul- und Sportzentrum.

Die Unterrichterteilung finde in enger Abstimmung mit den Schulleitungen, insbesondere der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule statt. Hier stünde Außensport im Stadion im Vordergrund. Schwimmunterricht finde zurzeit nicht statt.

Auf die entsprechende Frage Dr. Möhrings antwortete Bürgermeister Fiedler, ein regulärer Schwimmsport sei von jetzt an gerechnet in drei Jahren wieder möglich, somit erstmals wieder im Schuljahr 2016/17. Zwar gebe es das Angebot aus Übach-Palenberg, die dortige Schwimmhalle mit zu nutzen, problematisch sei jedoch, dass die Schulklassen aus dem normalen Schulrhythmus herausgerissen werden müssten, um das Angebot wahrzunehmen. Die Vormittagsstunden seien ja bereits durch die dortigen Schulen belegt.

Herr Houben führte hierzu aus, dass Schwimmunterricht auch noch in den späteren Schuljahren gegeben werden könne, wenn das in den Klassen 5 bis 6 nicht möglich sei. Es sei sicher gestellt, dass kein Kind die Schule verlasse, ohne Schwimmunterricht zu erhalten.

Herr Kappes befand es als wichtig, dass Schwimmunterricht bereits in der Grundschule gegeben werde. Insofern sei es wichtig, in Zukunft wieder über eine eigene Schwimmhalle zu verfügen.

TOP 7 Verschiedenes

a) Herr Benden formulierte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die örtlichen Schulleiter zu sachkundigen Bürgern zu bestellen, damit sie schulische Tagesordnungspunkte mit beraten und beschließen könnten

Herr Kappes sprach sich dafür aus, die Beratung hierzu zur Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Auf die entsprechende Frage Dr. Möhrings antwortete Herr Brunen, Schulleiter, die nicht in Geilenkirchen wohnen würden, könnten weder als sachkundige Bürger noch als sachkundige Einwohner bestellt werden.

Herr Kravanja warnte davor, den Antrag heute zu entscheiden. Möglicherweise würde der Ausschuss dadurch um 9 Mitglieder erweitert, was kostenintensive Folgen nach sich ziehen könnte, wie beispielsweise die Zahlung von Sitzungsgeldern. Es sei fraglich, ob das im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes erlaubt sei. Das

Ausschussmitglied empfahl, die Verwaltung zu beauftragen, den Vorschlag zu prüfen und dem Rat zur Beschlussfassung eine Empfehlung zu unterbreiten.

Bürgermeister Fiedler verwies darauf, dass es zunächst erforderlich sei, die Schulleiter zu befragen, ob sie mit solch einer Bestellung einverstanden seien.

Herr Benden wollte nun seinen Antrag zurückziehen.

Herr Plum sprach sich dafür aus, die vorgeschlagene Möglichkeit zumindest zu prüfen.

Bürgermeister Fiedler sagte zu, die Verwaltung werde den Vorschlag eingehend prüfen und zur nächsten Ausschusssitzung einen Beschlussvorschlag unterbreiten. Zur Sitzung könnte man die örtlichen Schulleiter auch einladen und sie zu ihrer Bereitschaft der regelmäßigen Sitzungsteilnahme befragen.

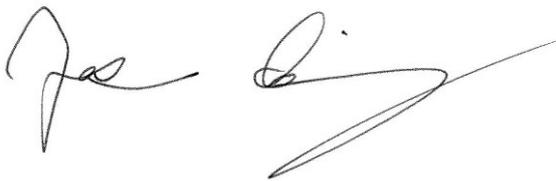
Herr Brunen wies darauf hin, dass nur die Leiter der städtischen Schulen eingeladen werden könnten.

- b) Herr Sybertz regte an, die Verwaltung möge in der nächsten Ausschusssitzung über das Projekt Gangway berichten.

Sitzung endet um: 20.10 Uhr

Vorsitzender

Schriftführerin:

The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature on the left is for Dr. Joachim Möhring, and the second signature on the right is for Penner. Both signatures are written in a cursive, flowing style.

Dr. Joachim Möhring

Penner